

# «Auch die Schweiz wird den automatischen Informationsaustausch einführen»

**BERN.** Der automatische Informationsaustausch wird schon in den nächsten Jahren zu einem internationalen Standard. Davon ist der Wirtschaftsrechtler Peter V. Kunz überzeugt, der den Schweizer Finanzplatz aber auch sonst vor massiven Veränderungen sieht.

INTERVIEW: JANN LIENHART

*Vor Kurzem hat FDP-Parteipräsident Philipp Müller Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf heftig attackiert, weil sie Verhandlungen über den automatischen Informationsaustausch nicht mehr ausschloss. Sie sind Parteimitglied der FDP. Hat Ihr Parteipräsident recht? Peter V. Kunz, Professor für Wirtschaftsrecht an der Universität Bern:* Die Äusserungen von Frau Widmer-Schlumpf waren zwar realistisch, aber einen Tag nach dem bundesrätlichen Bericht zur Finanzplatzstrategie politisch unklug. Für mich ist es relativ sicher, dass der automatische Informationsaustausch über kurz oder lang zum internationalen Standard werden wird. Darauf wird auch die Schweiz reagieren müssen. Meine Prognose ist, dass auch wir in den nächsten drei bis fünf Jahren den automatischen Informationsaustausch gegenüber dem Ausland einführen werden.

*Wie steht es im Inland?*

Eine etwas andere Entwicklung erwarte ich im Inland. Frau Widmer-Schlumpf spricht ja schon länger davon, dass, wenn der automatische Informationsaustausch mit dem Ausland kommt, er auch in der Schweiz gelten müsse. Und da bin ich ziemlich sicher, dass sie damit nicht die Mehrheit der Schweizer Bevölkerung hinter sich hat. Wenn die Schweizerinnen und Schweizer nämlich realisieren, was das für Konsequenzen haben kann, wird die Zustimmung massiv sinken. Allein schon die Nichtdeklaration eines Bankkontos könnte nämlich dann massive Folgen haben. Aus diesem Grund bin

ich überzeugt, dass diese Gleichbehandlung von Inländern und Ausländern nicht durchkommen wird.

*Steht eine Gleichbehandlung überhaupt zur Diskussion? Bundesrätin Widmer-Schlumpf hat ja nur vorgeschlagen, dass wiederholte und massive Steuerhinterziehung dem Steuerbetrug gleichgesetzt werden soll. Ein nicht angegebene Bankkonto eines Normalverdieners wird also auch weiterhin kein Betrug sein.*

Es würde ja noch nichts Konkretes vorgeschlagen. Das Problem am «Vorschlag» liegt daran, dass zurzeit nicht bekannt ist, wann es eine «schwerwiegende



«Die Schweiz kann diesen Steuer-Tsunami nicht aufhalten»

Peter V. Kunz

Steuerhinterziehung» ist und wann nicht. Liegt die Schwelle bei einer halben Million, dann werden die meisten Schweizer kein Problem damit haben. Anders wird es sein, wenn die Schwelle so tief ist, dass es jeden treffen könnte.

*Ein Hauptargument der Schweiz gegen den automatischen Informationsaustausch ist deren angeblich fehlende Wirksamkeit. Er führe zu einer Datenflut, ohne die Steuereinnahmen merklich zu erhöhen. Stimmt dieses Argument nicht?*

Ja, das stimmt schon. Dies ist aber nicht das Problem der Schweiz. Wenn Deutschland oder die USA diese Daten, die sie erhalten würden, nicht verarbeiten können, kann das uns egal sein. Die Schweiz sollte jedoch auch aus ökonomischen Gründen nicht gegen den automatischen Informationsaustausch sein. Er ist nämlich zum Beispiel im Vergleich mit der Abgeltungssteuer viel weniger aufwendig und darum auch deutlich günstiger für die Schweizer Banken. Der einzige Nachteil des automatischen Informationsaustausch, der zugegebenermassen gewichtig ist, sind die Altlasten aus der Vergangenheit. Für die Zukunft jedoch wäre es mit Abstand das einfachste und kostengünstigste Modell.

*Wenn Sie überzeugt sind, dass der automatische Informationsaustausch so oder so kommt, dann müssten Sie wie die SP auch fordern, dass die Schweiz jetzt sofort darüber verhandelt, weil nur so allenfalls noch eine Gegenleistung zu erhalten ist.*

Ich bin seit 25 Jahren ein Freisinniger und parteiintern auch in der Fachkommission Wirtschaftspolitik. Insofern habe ich nicht das Gefühl, dass ich Positionen der Sozialdemokraten veretre. Für einmal muss ich jedoch der SP insofern recht geben, dass auch ich der Meinung bin, dass es keinen Sinn macht, allzu lange eine Verteidigungsschlacht zu führen. Die Schweiz kann diesen «Steuer-Tsunami» nicht aufhalten. Ich denke, der Bundesrat kommt nicht umhin, den automatischen Informationsaustausch in das künftige Verhandlungspaket mit dem Ausland aufzunehmen – das dürfte ihm auch die neue «Expertenkommision Brunetti» im Sommer 2013 empfehlen.

*Seit der Finanzkrise ist der Schweizer Finanzplatz im Umbruch. Wohin geht die Reise?*

Da muss man zwischen den Grossbanken und den reinen Inlandbanken unterscheiden. Die Grossbanken sind seit vier Jahren daran, sich an die neuen Verhältnisse anzupassen, und werden dies wohl auch einigermaßen gut schaffen. Anders sieht es jedoch für die

«Auch 2013 wird es den einen oder anderen neuen Skandal bei einer Grossbank geben»

250 Schweizer Regionalbanken aus. Sie werden in den nächsten drei, vier Jahren eine dramatische Konsolidierung erleben. Weil die schärferen regulatorischen Anforderungen die Kosten erhöht haben, werden Dutzende von Regionalbanken aufgeben müssen, was den Schweizer Bankenplatz drastisch verändern wird.

*Werden auch Kantonalkonten von dieser Konsolidierung betroffen sein?*

Kaum. Das allein schon, weil die Kantone und die kantonalen Parlamente dies verhindern werden. Absehbar ist jedoch, dass die Kantonalkonten noch stärker als bisher versuchen werden, über die Kantonsgrenzen hinaus zu expandieren.

*Seit dem 1. Januar hat die schnellstwachsende Bank der Schweiz – die Postfinance – eine Banklizenz. Was für eine Wirkung wird das auf den Schweizer Bankenplatz haben?*

Zuerst muss ich dazu sagen, dass ich es als Liberaler erschreckend finde, dass die Postfinance eine Banklizenz erhalten hat. In der Finanzkrise hat die Schweiz erlebt, was die Folgen einer faktischen Staatsgarantie bei der UBS

sein können. Trotzdem sagen die Schweizer Behörden jetzt ja zu einer weiteren Bank mit Staatsgarantie. Das ist nicht nur ein Risiko für die Steuerzahler, sondern verzerrt auch den Wettbewerb. Wegen dieser Staatsgarantie wird die Postfinance voraussichtlich noch mehr Geld anziehen können als bisher und damit den Niedergang bei den Regionalbanken verstärken.

*Was bedeuten diese Veränderungen für die Schweizer Volkswirtschaft? Bis jetzt erbringt der Finanzplatz rund 12 Prozent der Schweizer Wirtschaftsleistung. Wird das so bleiben?*

Ich gehe davon, dass der Schweizer Finanzplatz für längere Zeit das frühere Niveau nicht mehr erreicht, was auch der Steuerzahler deutlich spüren wird. Daran schuld sind aber nicht nur externe Faktoren. Die fehlenden Kontrollmechanismen bei der UBS, aber auch bei anderen Banken haben aufgezeigt, dass der Schweizer Finanzplatz viele hausgemachte Probleme hat. Wenn die Banken diese Probleme angehen wollen, braucht es einen Umbau der Grundstruktur, einen Kulturwandel. Ein Neuanstrich der Fassade, eine Pinselrenovation genügt da nicht. Ich bezweifle jedoch, ob die Banken und ihr Management einen solchen Kulturwandel wirklich wollen.

*Die Aufdeckung der Manipulation des Libors und der Adoboli-Prozess haben Schlagzeilenmässig das Schweizer Bankjahr 2012 bestimmt. Was wird in diesem Jahr für Schlagzeilen sorgen?*

Ich glaube nicht, dass 2013 besonders spektakulär wird. Wenn grosse strukturelle Veränderungen auch absehbar sind, werden sie kaum in diesem Jahr stattfinden. Wie in den letzten Jahren wird es wohl aber auch in diesem Jahr den einen oder anderen neuen Skandal bei einer Grossbank geben.



In fünf Jahren wird gemäss Wirtschaftsrechtsprofessor Peter V. Kunz der Schweizer Finanzplatz ganz anders aussehen: So wird es deutlich weniger Banken und kein Bankgeheimnis gegenüber dem Ausland mehr geben. Bild: key